

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Waden in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.
12/23/23/23 Fernsprech-Nr. 1368. KREFFELER

Nr. 1. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 4. Januar 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Eine Studie über den Streik.

Man schreibt uns aus Kollegentreifen:
Als der Schreiber dieses in seiner Eigenschaft als
Vertrauensmann kürzlich in die Wohnung eines
Kollegen dessen Verbandsbeitrag in Empfang nehmen
wollte, kam gerade dessen Frau von einem Einkauf
heim. Indem dieselbe mit einem Ruck ihren Kopf
mit Wachen auf den Tisch stellte, bemerkte sie mit
einem giftigen Seitenblick: „Da habe ich schon wieder
einen Haufen Geld mehr ausgegeben müssen, täglich
werden die Lebensmittel teurer, das kommt von
eurem Streik.“

Dieser kleinen Episode verdankt diese Studie ihre
Entstehung.
Wenn ich hier den Streik einer näheren Betrachtung
unterziehen will, so habe ich dabei, wie ich gleich
bemerkten will, den Streik gewerblicher Lohnarbeiter
im Auge, denn an das Problem des Streikrechts für
die noch unter einer rückständigen Gesindeordnung
stehenden landwirtschaftlichen Arbeiter möchte ich nicht
gerne ansetzen. Das überlasse ich gerne erfahrenen
und mit dieser Spezialfrage vertrauteren Kollegen.

Der Streik, d. h. die Einstellung der Arbeit seitens
der Arbeiter sowie dessen Gegenstück, die Aussperrung,
haben den „freien“ Arbeitsvertrag zur notwendigen
Voraussetzung. Der Sklave konnte nicht streiken,
weil er über seine Arbeitskraft nicht verfügen
konnte, und auch der persönlich schon freiere
Hörige stand in einem persönlichen Abhängigkeits-
verhältnis, welches ihm die Einstellung der Arbeit
unmöglich machte. Erst als das Arbeitsverhältnis
den Charakter eines bloßen Mietvertrages annahm,
konnte der Streik im modernen Sinne zum Zwecke
der Beeinflussung desselben zur Anwendung gelangen.

Fassen wir nun zunächst die formalrechtliche Seite
der Arbeitsverhältnisse ins Auge. Der gewerbliche
Arbeitsvertrag unterliegt gemäß den Bestimmungen
der Gewerbeordnung dem freien Ermessen der beiden
vertragschließenden Teile, Arbeitgeber und Arbeiter.
Jeder Teil kann, natürlich unter Einhaltung der ge-
setzlichen Kündigungsfrist, vom Vertrage zurücktreten.
Damit ergibt sich die Berechtigung des Streiks in
rechtlicher Beziehung eigentlich schon von selbst.
Mögen die Beweggründe für die Arbeitseinstellung
der organisierten Masse auch andere sein als beim
einzelnen Arbeiter, vom formalen Rechtsstandpunkte
ist es dasselbe: ein zeitweiliger oder dauernder
Rücktritt vom Arbeitsvertrag. Möge man uns nicht
mit den beliebigen Einwänden, wie „höhere Rücksichtnahme“, „Schädigung des National-
wohlstandes“ usw. kommen. Solange es gesetzlich und
moralisch als erlaubt gilt, daß die niederwertigen
Textilfabrikanten 25 000 Arbeiter auf die Straße
werfen, weil einige Hundert Arbeiter mit ihren Ar-
beitgebern in Differenzen gerieten, solange wird man
doch auch den Arbeitern das Recht zum Streiken
nicht freitig machen können, will man sich nicht in
den Verdacht einer einseitigen Stellungnahme setzen.
Solange der Arbeiter den „freien“ d. h. für ihn un-
freien Arbeitsvertrag abschließen muß, wird er auf
das Streikrecht als die ultima ratio (das letzte Mittel)
nicht verzichten können.

Verlassen wir damit die rechtliche und kommen
wir zur volkswirtschaftlichen Seite des
Streiks. Nach der christlichen Auffassung vom
Charakter der menschlichen Arbeit sind Kapital und
Arbeit gleichwertige Faktoren, die, aufeinander an-
gewiesen, gemeinsam den Produktionsprozess durch-
führen sollen. Wie ist es aber in der Praxis damit
bestellt? Die menschliche Arbeitskraft wird als Ware
betrachtet und zu den „Kosten“ der Produktion ge-
rechnet, was auch schon außerordentlich dadurch zum
Ausdruck gelangt, daß in der Buchführung der Ar-
beitslohn auf einem Konto verrechnet wird wie die
anderen Betriebskosten, Material, Spesen usw. Daher
ist es auch während der jetzt zur Reife gehenden
oder bereits verflochtenen Hochkonjunktur wohl kaum
einem Arbeitgeber eingefallen, den durch intensivere
Produktion erzielten Mehrgewinn mit den Arbeitern
freiwillig zu teilen. Dieses Mehr rechnet man ein-
fach zum Meingewinn. Hier müssen christliche Sozial-
reformer und christliche Gewerkschaften Hand in Hand
arbeiten, um die Arbeit aus der Reize der Pro-
duktionskosten heraus und auf das Niveau des un-
erfütterlichen Produktionsfaktors zu erheben.

Welche Wirkung hat nun der Streik einer gut
organisierten und wohl disziplinierten Arbeiterchaft
in der Regel zur Folge? Die erste und unmittelbare
Folge wird für den Unternehmer eine Vermehrung
der Produktionskosten sein, wenn die Arbeiter eine
Lohnerhöhung durchsetzen, oder die Erhaltung der
bisherigen Produktionskosten, wenn durch den Streik
eine Lohnreduzierung verhindert wurde.

Diese Wirkung des Streiks wird aber doch wohl
kein vernünftig denkender Mensch als ein nationales
Unglück bezeichnen wollen. War doch die Lage der
deutschen Industrie in den letzten Jahren so bestellt,
daß die Unternehmer eine geringe Schmälerung des
„goldenen Regens“ recht wohl ertragen konnten.
Dieses hat der Kollege wieder in seinem Referat
auf dem Berliner Kongress zahlenmäßig nachgewiesen.
Die „Nationalzeitung“ war in der Lage, aus den
Jahren 1905 und 1906 die Rentabilität von 2087
Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital
von 8046 Millionen M. zu veröffentlichen. Für dieses
Kapital wurde im Jahre 1905 eine Dividendensumme
von rund 686 Millionen, eine durchschnittliche Ver-
zinsung von 8,54% erzielt. Im Jahre 1906 stellte
sich die von denselben Aktiengesellschaften erzielte Ge-
rentdividende aber auf 744 Millionen M., die Durch-
schnittverzinsung auf 9,24%. An dieser Verbesserung

des Dividendenertrages um circa 58 Millionen
und durchschnittlichen Zinssteigerung um circa 1/2%
partizipierten besonders sämtliche Branchen des Groß-
gewerbes. In der Hüttenindustrie 12,01 gegen 10,92%,
im Bergbau 11,05 gegen 8,68%, bei der Maschinen-
industrie 9,56 gegen 8%, in der Textilindustrie
9,08 gegen 8,40%. Die chemische Industrie mit
ihren bekanntlich hohen Reinerträgen ist hier nicht
mit einbegriffen.

„Über der Unternehmer versteht es in den weit-
aus meisten Fällen, die Kosten des Streiks auf das
konsumierende Publikum abzuwälzen“, würde mir
die eingangs erwähnte Frau des Kollegen gesagt
haben, wenn ich Zeit und Gelegenheit gehabt hätte,
ihre meine Ansichten über den Streik auseinanderzu-
setzen. Gewiß ist dieses bis zu einem gewissen Grade
der Fall oder, besser gesagt, der Fall gewesen. Kommt
man uns aber mit diesem Argument, so können wir
mit der gleichen Berechtigung sagen: wir Textilar-
beiter müssen sorgen, das durch die Teuerung der
Lebenshaltung zwischen Einnahmen und Ausgaben
entstandene Mißverhältnis auszugleichen. Dabei ist
es aber auch mit der Verteuerung der Produkte,
soweit dieselbe wirklich durch Erhöhung der Arbeits-
löhne bedingt wurde, nicht weit her. Diejenigen Fälle,
wo ein Streik eine Preissteigerung nach sich zieht,
bilden nur einzelne Glieder in der end-
losen Kette der Teuerungen auf allen Ge-
bietern.

Ein Beispiel: Unseren Aachener Kollegen wird es
dank ihrer verhältnismäßig starken Organisation
wohl gelungen sein, in den letzten Jahren eine Lohn-
erhöhung von etwa 10% zu erringen. Nun macht
aber der Arbeitslohn für Aachener Luche bekanntlich
nur etwa 10% des Verkaufspreises aus. Nehmen
wir nun an, daß der volle Betrag der von den Aachener
Kollegen erzielten Lohnerhöhung in den Detail-Ver-
kaufspreisen zum Ausdruck käme, daß also Fabrikant
und Händler es verstanden hätten, sich gänzlich schad-
los zu halten, so betrüge die durch die von den
Aachener Kollegen erzielte Lohnerhöhung verursachte
Preissteigerung für Herrenstoffe ein Zehntel des
gehobten Teiles des Verkaufspreises oder ein Pro-
zent. Wie erklärt sich dann aber die in den letzten
Jahren eingetretene Erhöhung von rund 20 Prozent
für Aachener Luche?

Schon an diesem einzigen Beispiel zeigt es sich,
daß es ungemein leichtfertig, um nicht zu sagen frivol
ist, die Preissteigerung auf allen Gebieten lediglich
auf das Konto der durch die Arbeiterorganisationen
erzielten Lohnerhöhungen zu setzen. Ihrer ursprüng-
lichen Bestimmung nach soll ja auch die Lohnbewe-
gung nicht den Zweck haben, eine Verteuerung der
Produkte herbeizuführen. Sondern sie bezweckt im be-
grenzten Rahmen eine Verchiebung des Arbeitsver-
trages und des Ertrages der Arbeit zugunsten der
Arbeiter.

Dabei sind die christlichen Gewerkschaften, wie ich
schon erwähnte, überhaupt keine Freunde des Streiks.
Je eher dieses zweischneidige Schwert in die Rumpel-
ammer wandern kann, je lieber ist es ihnen. Eimen,
den gewerblichen Frieden garantierenden, gerechten
Verteilungsmodus des Arbeitsproduktes zu finden,
erscheint den christlichen Gewerkschaften als die
Krone einer gesunden Sozialpolitik.

Die deutsche Gewerbeinspektion im Jahre 1906.

Der gesetzliche Arbeiterschutz in Deutschland, der
eines weiteren Ausbaues noch dringend bedürftig
ist, besteht bis heute im wesentlichen in einer Be-
schränkung der Arbeitszeit und in der Gewerbein-
spektion. Für die erste Frage ist nur der Anfang
vorhanden durch eine noch unvollkommene Sonntag-
ruhe und die Beschränkung der Arbeitszeit der
jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen; aber
Deutschland kommt schließlich um die Einführung
einer Maximalarbeitszeit in den Fabriken nicht herum,
und jetzt liegt ja eine Novelle zur Gewerbeordnung
dem Reichstag vor, der den zuständigen Maximal-
arbeitszeit für die Arbeiterinnen bringen soll. Die
christlichen Arbeiter haben stets die Forderung auf-
gestellt, und sie muß auch hochgehalten werden, den
Zehnhunderttag auch für die männlichen Arbeiter
gesetzlich als Höchstarbeitszeit festzulegen. So lange
der Maximalarbeitszeit nicht besteht, ist es aber
doppelte Pflicht, auf die Gewerbeinspektion und deren
Ausbau allen Nachdruck zu legen. Ohne eine aus-
reichende Gewerbeinspektion ist aller Arbeiterschutz
in der heutigen Zeit mehr oder weniger eine taube
Kuh, das hat der Reichstag schon 1878 erkannt, in-
dem er die Fabrikinspektion ausbaute und bestimmte,
daß dem Reichstage alljährlich die Berichte vorge-
legt werden müssen.

Als Mindestforderung einer guten Gewerbein-
spektion darf der Satz gelten: Jede Anlage muß jähr-
lich mindestens viermal revidiert werden. Wir
wollen wohl, daß mit dem Besuche der Fabriken die
Tätigkeit des Gewerbeinspektors nicht abgeschlossen
ist; wir geben auch zu, daß die Gewerbeinspektion
nicht lediglich nach der Zahl der Revisionen einzu-
schätzen ist, aber andererseits sagt schon das Wort
Inspektion, daß man hier keinen Bureaubeamten
vor sich haben darf, sondern einen Beamten, der
umherreist und revidiert. Ueber die Güte der Ge-
werbeinspektion gibt daher immer noch die Zahl der
Revisionen den besten Ausschlag. Wenn man nun
die beiden dem Reichstage zugegangenen vier Bände
aus dem Jahre 1906 in dieser Richtung durch-
mustert, so muß man mit Bedauern feststellen, daß
das Reich von der Mindestforderung der Gewerbe-
inspektion noch sehr weit entfernt ist, wenn auch ein

langsameres Annähern an diese ohne weiteres zu er-
kennen ist. 52,2 Proz. sämtlicher der Gewerbein-
spektion unterstellten Anlagen mit 81,9 Proz. der
beschäftigten Arbeiter wurden 1906 revidiert; wenn
die letztere Zahl sich obiger Forderung mehr nähert,
so beweist die geringe Zahl der revidierten An-
lagen, daß man die Kleinbetriebe ziemlich oft hieron
ausgenommen hat. In einigen Bundesstaaten zeig-
ten sich annehmbare Verhältnisse, wie z. B.:

| Stadt | Zahl der revidierten Anlagen: | Zahl der Arbeiter in den besichtigten Anlagen: |
|--------------|-------------------------------|--|
| Rudolfsstadt | 100 Prozent | 110 Prozent |
| Bremen | 99 | 99,5 |
| Württemberg | 95,5 | 93,8 |
| Wiesbaden | 89,2 | 98,2 |

Aber auf der anderen Seite muß man auch kon-
statieren, daß einzelne Bundesstaaten noch sehr viel
zu wünschen übrig lassen, wie folgende Zahlen be-
weisen:

| Land | Zahl der revidierten Anlagen: | Zahl der Arbeiter in den besichtigten Anlagen: |
|----------------|-------------------------------|--|
| Saß-Lothringen | 24,5 Prozent | 57,2 Prozent |
| Mecklenburg | 25,2 | 56,2 |
| Baden | 32,5 | 58,0 |
| Bayern | 43,0 | 73,1 |
| Preußen | 50,4 | 85,4 |

Wir haben absichtlich nur größere Bundesstaaten
genannt, weil in kleineren Staaten die Inspektion
schon von selbst intensiver ist. Über warum können
nicht alle süddeutschen Staaten leisten, was Württem-
berg vollbracht hat? In den Reichsländern steht es
sehr traurig aus, wie es schon bei der Interpellation
über das lothringische Grubenunglück im Reichs-
tage betont worden ist. Und wozu kann die ein-
stweilen so viel gerühmte badische Gewerbeinspektion?
Diese Fragen sind keine Vorwürfe für die einzelnen
Beamten, diese tun ganz treu ihre Pflicht; aber es
fehlt an den Arbeitskräften. 434 Beamte, darunter
24 Hüftentinnen, stehen im Dienste der Gewerbe-
inspektion, die sich über 236 643 Anlagen zu er-
strecken hat. Mit dieser Beamtenzahl kann nicht
erreicht werden, was wir fordern; daher muß be-
sonders in Bayern, Baden, Saß-Lothringen und
Preußen auf eine Vermehrung der Beamten der
Gewerbeinspektion hingewirkt werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Statistik nun die
der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen, die kleine
Fabriken sind, besonders behandelt; von 136 604 die-
ser Anlagen sind 19 050 revidiert worden; dazu
kommen allerdings noch 40 635 postgeleitete Revisi-
onen in Gieß- und Schmelzwerken. Ganz un-
zulänglich ist die Revision der Steinhauereien,
Bäckereien und Malerwerkstätten. Auch in den Glas-
hütten steht es noch sehr schlecht; und wie notwendig wäre
eine viel öftere Revision der Riesenbetriebe in der
Eisen- und Stahlindustrie? Was will es bejagen,
wenn Riesenwerke wie Krupp, Thyssen usw. von
einem Beamten einmal im Jahre oder auch zwei-
mal revidiert werden. Da ist ja jede einzelne Werk-
stätte eine Fabrik, ein Großbetrieb für sich. Die
Vermehrung der Beamten ist daher eine unum-
gängliche Notwendigkeit, und vor allem fordern wir
dabei auch die Anstellung von Arbeitern als Hilfs-
kräfte, worin ja einige süddeutsche Staaten schon mit
gutem Beispiel vorgegangen sind.

Neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit.

Wir lesen im „Reich“:
Vergangenen Dienstag hat sich bei der General-
versammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesell-
schaft in Berlin ein interessantes Bild der Ver-
treter des rührigen Verbandes der technisch-industriellen
Beamten hatte als Aktionär der Versammlung
Zutritt und vertrat gegenüber dem Leiter der Ge-
sellschaft das Interesse der Angestellten.

Sollte es nicht möglich sein, diese Form der
Vertretung von Arbeitnehmerinteressen häufiger an-
zuwenden? Auch bei der Großen Berliner Straßen-
bahn-Gesellschaft ist es vorgekommen, daß bei der
Generalversammlung ein Gewerkschaftssekretär für
die Sache der Angestellten eintrat. Unzulänglich nennen
oft die Gewerkschaften „Streitvereine“. Jeder An-
wende weiß, wie falsch die Annahme ist, der Streik
sei der einzige Inhalt gewerkschaftlicher Arbeit. Je
mehr die gewerkschaftliche Technik sich ausbildet, je
mannigfacher werden ihre Mittel. Es wird sich in
verschiedenen Fällen empfehlen, sich in den Besitz wenig-
stens einer Aktie eines Unternehmens, an dem viele
Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft interessiert
sind, zu setzen. Für die Hauptklasse einer zentralisierten
Gewerkschaft ist solche Ausgabe keineswegs
unerwünscht. Dadurch erhält ein geschickter und
formgewandter Gewerkschaftssekretär die Möglichkeit,
in der Generalversammlung zu Worte zu kommen.
Eine solche Aussprache in der Generalversammlung
wird zwar denjenigen Aktionären unangenehm sein,
die nervös werden, wenn die Suppe des nachfol-
genden Diners kalt zu werden droht. Für die Ge-
werkschaft aber hat dieser durchaus friedliche Weg
der Interessenvertretung mannigfache Vorteile. Vor
dem Forum einer Generalversammlung muß der
Chef des Unternehmens selbst Rede und Antwort
sitzen. Hier ist Freizügigkeit und Aufsichtsrat zugegen —
kurz, solche Stelle bietet ausgezeichnete Gelegenheit
zu friedlicher und nachdrücklicher Vertretung der
Arbeitnehmerwünsche. Dester auch dürfte ein leiser
Wind, daß man diesen oder jenen Mißstand auf der
nächsten Generalversammlung zur Sprache bringen
müsse, den verantwortlichen Beamten zu vorheriger
Nemede veranlassen — ja, wenn beiderseits der
rechte Herzentakt vorhanden ist, kann es dem Chef
nur lieb sein, zeitig vor der Generalversammlung

auf allerlei Mißstände aufmerksam gemacht zu wer-
den, die seinem Auge bisher entgangen waren —
für große Unternehmungen wird die gewerkschaftliche
Kontrolle dem Chef ebenso angenehm sein, wie die
Kontrolle durch die Abgeordneten dem Chef eines
Reichsamtes, sofern er wirklich großzügig denkt.

Der Erwerb von Aktien aus gewerkschaftlichen
Mitteln empfiehlt sich umsomehr, als solche Papiere,
wenn es not tut, leicht verkauft oder Lombardiert
werden können, also nicht wie Hypotheken die Ge-
werkschaftskassen festlegen.

Es könnte auch dahin kommen, daß wohlmeinende
Aktionäre einem als nachvoll bekannten Gewerkschafts-
führer die Vertretung ihrer Stimmen auf der Ge-
neralversammlung übertragen, ja, daß der Gewerkschafts-
funktionär hier und da in den Aufsichtsrat
kommt. Jedenfalls sollte man bei dem Millionen-
vermögen, das die Gewerkschaften schon gegenwärtig
haben, auch die Kapitalkraft der loyalen Arbeiter-
großen im Dienste der gewerkschaftlichen Arbeit
sorglich ausnützen.

Mehr Solidaritätsgefühl.

Ein Kollege schreibt uns:
Bei Aufstellung von Forderungen wird öfters
die Frage laut: „Wäre es nicht möglich, bei den
Forderungen die Klausel aufzunehmen, daß nur die
organisierten Kollegen und Kolleginnen bei eventl.
Verbesserungen berücksichtigt werden?“ Man ist
verwundert, diesem Fragesteller Georgius und Wiggum
vorzuwerfen; besonders die Unorganisierten sind mit
diesem Vorwürfe gleich zur Hand. Und doch sind
es diese Beweggründe nicht, die den Arbeiter zu
dieser Frage veranlassen. Nein, es ist das Verhalten
so vieler Unorganisierten, die wohl den Nutzen der
Organisation einsehen, derselben aber trotzdem nicht
beitreten, weil, wenn Verbesserungen durch
die Gewerkschaften erzielt werden, ja doch
auch sie dieselben erhalten; nur haben sie dann
noch den Vorteil, daß sie keine Beiträge bezahlt
haben. Mancher Unorganisierte schämt sich nicht,
dies als Grund seines Fernbleibens von der Organi-
sation anzugeben. Es ist zu verstehen, daß einem
Kollegen, der schon jahrelang seine Beiträge bezahlte,
trotzdem er eine zahlreiche Familie hat, die Waise
überläuft, wenn ihm ein Kollege, der viel besser in
der Lage wäre den Beitrag zu bezahlen, mit lächelnder
Miene bemerkt, wenn er ihn zum Beitritt auf-
fordert: „Zu was denn das. Ist ja gar nicht
nötig, wenn du es denn erträgst, erhalte ich
es auch“. Man fragt sich angesichts solcher Aus-
sprüche, ist es denn heute noch möglich, daß es noch
so charakterlose Elemente unter der Arbeiterschaft
gibt? Die Arbeiter in den waterländischen Arbeiter-
vereinen und gelben Gewerkschaften, die auf ihr
Reaktionsrecht einiger Maß wegen verzichten, stehen
immer noch himmelhoch über jener Sorte, die Ver-
besserungen schamlos annimmt, aber jedes persön-
liche oder materielle Opfer, das zur Besserstellung
der Arbeiterschaft mit beitragen könnte, verweigert.
Erstere setzen oft das Verwerfliche ihrer Handlungs-
weise gar nicht ein; das kann von letzteren nicht
gesagt werden. Sie wollen wohl ernten, aber säen
wollen sie nicht; noch mehr, sie wollen die Früchte,
die aus der Saat anderer hervorgehen, miteinheimsen.
Diese Handlungsweise zeugt von wenig Charakter.
Das Solidaritätsgefühl scheint diesen Leuten fremd
zu sein. Sie scheinen nicht zu wissen, daß die Ge-
werkschaftsbewegung auch eine Standes-
bewegung ist, das müssen wir ihnen klarmachen
und beibringen suchen. Wir müssen ihnen zeigen,
daß die Gewerkschaften nicht nur notwendig sind, um
bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen,
sondern daß der Arbeiter durch dieselben vornehmlich
in die Lage versetzt wird, seinem Stande
nach außen hin Ansehen und Anerkennung
zu verschaffen. Wir müssen diese Arbeiter an
der Ehre anknüpfen, indem wir auf die untergeordnete
Stellung hinweisen, die der Arbeiterstand trotz seiner
großen Zahl, die er umfaßt, in der Gesellschaft noch
einnimmt. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die
rigorosen Strafen, die oft über die Arbeiter ver-
hängt werden, welche in ärztlicher Entrüstung einem
Arbeitswilligen ein unüberlegtes Wort zurufen, und
zeigen, wie die Arbeitgeber in ähnlichen Fällen straf-
frei ausgehen. Wir müssen ihnen auch reden vom
Bereins- und Versammlungsrecht und den Paragraphen,
die es in manchen Fällen den Arbeitern unmöglich
machen, zusammenzukommen, um sich über Fragen
auszusprechen, die für die Arbeiter von Bedeutung
sind. Auch die Uebergebung der Arbeiter bei Auf-
stellung der Schöffens- und Geschworenenlisten, bei
Aufstellung der Kandidaten zu den Reichstags-,
Landtags- und Stadtverordnetenwahlen muß diesen
Arbeitern vor Augen geführt werden. Wir müssen
sie fragen, ob sie diese Zurücksetzung nicht fühlen,
und wenn sie diese Frage bejahen, müssen wir ihnen
nachdrücklich zeigen, daß sie durch ihr Fernbleiben
von der Organisation durch ihre kleinliche Handlungs-
weise mitschuldig sind an diesen Zuständen. Wenn
sie dann noch ein Fünkchen von Ehr- und Zusammen-
gehörigkeitsgefühl besitzen, werden auch sie das Un-
gehörige ihrer Handlungsweise einsehen und daraus
die Konsequenzen ziehen.

Ein Nachspiel zur Sinsdellener Aussperrung.

Zu Anfang Februar 1907 erschienen im „Rhein-
ischen Anzeiger“ eine Reihe Artikel, welche sich
angeblich mit dem Streik in Sinsdellen beschäftigten,
in Wirklichkeit aber dem Kollegen Camps galten;

dem die Artikel enthalten nichts anderes, als offene und verdeckte Beleidigungen gegen diesen Kollegen Camps hätte denn auch Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur, Herrn Carl Egbring, gestellt. Vor dem Schöffengericht in Münster kam am 24. Juni die Sache zur Verhandlung, und wurde der Redakteur wegen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Gegen dieses Urteil war vom Angeklagten Berufung eingelegt und fand Termin am 19. Oktober vor der Strafkammer statt. In dieser Verhandlung kam folgender Vergleich zustande:

Der Angeklagte erklärt, daß er sich durch die Verhandlungen überzeugt habe, daß der Privatkläger den Artikel in den Nr. 1 und 3 der Textilarbeiterzeitung geschrieben, sie den 3. und 5. nicht geschrieben habe; er nimmt die in den Artikeln des Münsterischen Anzeigers vom 10., 11., 15. Februar 1907 etwa enthaltenen Beleidigungen über den Privatkläger zurück und trägt die Kosten des Verfahrens.

Der Privatkläger nimmt die Privatklage zurück. Herr Camps erklärte sich mit dem Vergleich einverstanden; Herr Egbring erbat und erhielt 8 Tage Bewährungszeit.

Der Angeklagte widerlegt diesen Vergleich angeht, weil Kollege Camps immer noch behauptete, die Notiz im Münsterischen Anzeiger am 24. Dezbr. 1906 über das Ende der Einberufungsbewegung sei nicht richtig und weil man über diesen Punkt die Meinung der Berufungsinstanz hören wolle. So fand dann neuer Termin am 21. Dezember 1907 statt.

Hier mußte aber der Angeklagte hören (wie es auch richtig war), daß nicht die Frage lautete: „Feststellung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Notiz vom 24. Dezbr. 1906“, sondern: Hat der Redakteur Egbring den Kollegen Camps beleidigt oder nicht? Ausdrücklich wurde vom Vorsitzenden des Gerichts erklärt: „Neben der Notiz vom 24. Dezember verhandeln wir nicht!“ Da der Angeklagte nun nicht mehr im Zweifel sein konnte, wie ein Urteil ausfallen würde, andererseits der Kollege Camps gar kein Interesse an einer Verurteilung hatte, sondern nur eine öffentliche Rechtfertigung wollte, so wurde folgender Vergleich abgeschlossen:

Der Angeklagte erklärt, daß er überzeugt sei, daß der Privatkläger die Artikel in Nr. 1 und 3 der Textilarbeiterzeitung vom 5. und 19. Januar 1907 nicht geschrieben habe und daher der Vorwurf der Verleumdung in dem Artikel des Münster. Anz. nicht berechtigt war, wie dies auch bereits in Nr. 103 des M. A. vom 15. Februar 1907 zum Ausdruck gebracht ist; daß ihm überhaupt jede beleidigende Absicht gegen den Privatkläger fern gelegen habe; der Privatkläger erkennt an, daß der Münster. Anzeiger den Artikel vom 24. Dezember 1906 in gutem Glauben aufgenommen hat, und ihn daher die Aufnahme des Artikels kein Vorwurf trifft. Die Kosten trägt der Angeklagte. Der Privatkläger nimmt die Klage zurück.

Dieser Vergleich wird innerhalb 14 Tagen einmal im Münster. Anzeiger und in der Textilarbeiterzeitung veröffentlicht.

Wenn der „Münsterische Anzeiger“ nun in der Nr. 847 vom 22. Dezbr. 1907 behauptet: „Wir (der Münster. Anz.) hatten kein Interesse mehr an einer Beweisaufnahme, die uns selbst bei einer Freisprechung des Herrn Egbring gar keine Vorteile geboten hätte — die Kosten hatten wir ja in jedem Falle zu übernehmen und bereit erklärt — und weshalb haben wir heute folgendem Vergleich, der die Angelegenheit endgültig aus der Welt schaffen dürfte, zugestimmt?“, so hat man in Münster über solchen Bericht gelacht. Gelacht deshalb, weil man nichts für eine Freisprechung von einer Anlage gibt. Gelacht auch darüber, daß der Münster. Anz. jetzt sagt: „Wir hatten uns ja bereit erklärt, die Kosten in jedem Falle zu tragen.“ Nein, so war nicht erklärt worden, sondern in der Nr. 124 vom 24. Febr. 1907 stand folgendes: „Wir (der Münster. Anz.) machen daher den Vorbehalt, Herr Camps möge den für die Artikel des „Münsterischen Anzeigers“ gesetzlich verantwortlichen Redakteur Carl Egbring unter Klage stellen, daß er die gesetzliche Pflicht der Verichtigung verlegt habe.“ Herr Camps kann, ohne die Sache zu verzögern, sofort klagen, und damit er sieht, wie viel aus an der Festsetzung der objektiven Wahrheit liegt, erzieht wir uns, in jedem Falle — der Prozess nehme einen Ausgang, wie er wolle — die Gerichtskosten zu bezahlen.

Von dem Kollegen Camps ist niemals behauptet worden, daß der Münster. Anzeiger die gesetzliche Pflicht der Verichtigung verletzt habe, und ist dieserhalb auch kein Antrag gestellt. Für die Verleumdungsklage hat der Münster. Anzeiger nicht die Kosten auf jeden Fall übernommen. (War auch gar nicht nötig. D. B.)

Dieser Standpunkt nahm auch der Bericht der Vertreter des Angeklagten ein, denn noch im letzten Termin stellte dieser den Antrag, Camps solle einen Teil der Kosten mit übernehmen, was aber abgelehnt wurde. Der Kollege Camps hat vollständig die gewünschte Rechtfertigung erhalten.

Wir hätten nicht mehr so ausführlich berichten, wenn nicht der Münster. Anz. entgegen der gültigen Vereinbarung vom Termin am 22. Dezbr. 1907 den eigenmächtigen Bericht gebracht hätte.

Wir hoffen, daß man nun endlich die ganze Sache sehen läßt. Sollte dieses nicht geschehen, dann werden wir die Klage nicht schuldig bleiben.

Gewiss behaupten wir heute noch: die Notiz im Münster. Anzeiger vom 24. Dezbr. 1906 über das Ende der Einberufungsbewegung war ganz irrig. Dieser Irrtum hat sämtliche Verbandsmittel der Gewerkschaften und auch noch andere Leute.

Kinder und Alkohol.

Die Pflege der Volksgesundheit nimmt heute in ganz hervorragendem Maße das allgemeine Interesse in Anspruch. Die Frage! Denn auf der Gesundheit des Volkes beruht das Wohl und die Zukunft der Nation, auf der Gesundheit auch das Wohlbefinden des Einzelnen. Staat, Gemeinden und private Vereine sind in gleicher Weise befasst, Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit für das ganze Volk und für einzelne Städte und Kreise zu treffen. In der Anlage nachstehende Städte, in dem Land unserer Wohnung, in der Familie und im Beruf, mehr und mehr sucht man den Verhältnissen

der Gesundheitspflege gerecht zu werden. Man erachtet Kranken-, Genesungs- und Heilungshäuser, man trifft Fürsorge manigfaltiger Art für schwache und erholungsbedürftige Kinder, für Schwächlinge usw., alles im Dienste der Volksgesundheit.

Aber während diese so auf der einen Seite gesichert wird, schlägt ihr auf der anderen Unverschämtheit und Leichtsinn immer die schwersten Wunden. Und da sind es an erster Stelle die naturgemäßen Hüter und Beschützer des heranwachsenden Geschlechtes, die Eltern, die leider noch immer in zahllosen Fällen Ursachen sind, daß sich das junge Menschenweib niemals zur Vollkraft seiner Gesundheit entwickelt. Von den vielen Fehlern, die in dieser Hinsicht von Eltern und Erziehern begangen werden, steht nicht an letzter Stelle die Gewöhnung des Kindes an den Genuß alkoholischer Getränke. Wenn auch die Schädlichkeiten des mäßig genossenen Alkohols von dem entwickelten, ausgewachsenen Körper des Erwachsenen überwunden werden können, für den unentwickelten kindlichen Körper des Kindes bedeutet der Alkohol immer, auch in geringem Maße genossen, eine schwere Schädigung.

Wie Alkohol auf die Kinder wirkt, hat vor einiger Zeit das Berliner Lehrer Weikel auf einem Vortrageabend dargestellt, und seine Ausführungen sind wichtig genug, um sie hier zu wiederholen. Er wies zunächst darauf hin, daß Bier, welches allgemein als kräftigend gilt und sogar „flüssiges Brot“ genannt worden ist, sehr wenig Nährstoff enthält. Als solche sind Eiweiß, Fett und Zucker anzusehen. Nun sind in einem Liter Bier, das 25 Pfg. kostet, 7 Gramm Eiweiß, 44 Gramm Zucker, 9 Gramm Fett enthalten, macht zusammen nur 51 Gramm Nährstoffe. Für dasselbe Geld bekommt man 1/4 Liter Milch mit 147 Gramm Nährstoffen, oder 500 Gramm Weizenrot mit 318 Gramm Nährstoffen. Hiernach ist das Bier, wenn es als „Nahrungsmittel“ gelten soll, zum mindesten ein teures „Nahrungsmittel“.

Neben der geringen Menge von Nährstoffen enthält es aber auch Alkohol. Von ihm wird vielfach angenommen, daß er die Geistesfähigkeit günstig beeinflusst. Durch Experimente ist aber nachgewiesen, daß das ein Jertum ist. An einwachen Versuchspersonen hat Dr. Smith in Heidelberg festgestellt, daß beim Auswendiglernen von Zahlen die Leistung sank, wenn er Alkohol gab, und zwar desto bedeutender je länger der Alkoholgehalt beibehalten wurde, daß aber die Leistung wieder stieg, sobald der Alkoholgehalt ausgeatmet wurde. Seminarlehrer Josik in Bern hat mit durchschnittlich siebenjährigen Schülern einer Seminarklasse ähnlich experimentiert. Er teilte sie in zwei Gruppen von durchschnittlich gleicher Leistungsfähigkeit, gab der einen Gruppe Bier, während die andere Gruppe sich jedes Alkoholgehaltiges enthalten mußte, und stellte dann Kopfrechenaufgaben. Zunächst blieb die Leistungsfähigkeit der beiden Gruppen noch gleich, aber nach einer Stunde trat eine merkliche Ungleichheit auf, die in der zweiten und dritten Stunde immer größer wurde. In der dritten Stunde wurden noch 57,9 v. H. richtige Lösungen geliefert von den Weizenrot, aber nur noch 45,4 v. H. von den Trinkern.

Der schädigende Einfluss des Alkohols auf die Geistesfähigkeit, der auf solchen Ergebnissen klar wird, ist sicherlich bei den Kindern noch viel größer. Schuldirektor Meyer in Wien hat durch Befragen von 591 Kindern ermittelt, daß nur 134 keine alkoholischen Getränke bekommen. 164 nur gelegentlich Alkohol genossen, aber 219 täglich einmal, 71 täglich zweimal, 3 täglich dreimal. Es zeigte sich, daß das „Gehirn“ „stumpf“ vorhin bei 45 v. H. der abfiniten Kinder, bei 35 v. H. der gelegentlich trinkenden, bei 27 v. H. der täglich einmal trinkenden, bei 20 v. H. der täglich zwei- oder dreimal trinkenden, andererseits das Zeugnis „ungenügend“ nur bei 7 v. H. der abfiniten Kinder, bei 9 v. H. der gelegentlich trinkenden, bei 14 v. H. der täglich einmal trinkenden, bei 25 v. H. der täglich zwei- oder dreimal trinkenden. Privatdozent Feder in München hat durch eine Umfrage, die sich auf 4662 Kinder erstreckte, ähnliche Ergebnisse bekommen. Der Vortragende gelangte hierauf zu dem Schluss, daß mindestens Kindern jeglicher Alkohol vorenthalten werden müsse, nicht nur Schnaps, sondern auch Bier und Wein, die mit Unrecht als unschädlich und sogar kräftigend gelten.

Die Schädlichkeit und Gefahren des Alkoholgehaltigen für Kinder sind zwar von Vätern und Lehrern längst anerkannt, aber es ist leider eben Tatsache, daß der Alkoholgehalt der Kinder noch immer sehr verbreitet ist, so daß nicht oft und dringend genug davor gewarnt werden kann.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichtheiten.

M. Gladbach. Die hiesige Industrie hat unter der gegenwärtigen Krise sehr zu leiden. In fast allen Branchen, besonders der Weberei, sind Klagen über Mangel an Aufträgen. Aus diesem Grunde hat schon eine ganze Anzahl von Betrieben dazu übergegangen, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Daß diese Firmen gerade die humansten sind, wird keiner bestreiten wollen; wenn sie gewollt hätten, würden sie auch auf andere Weise Mittel gefunden haben, um die Produktion einzuschränken. Denn so ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. So haben wir hier verschiedene Firmen zu verzeichnen, die etwas mehr Rücksicht für ihre Arbeiter zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben die Arbeitszeit verkürzt. Es gibt solche, die täglich nur acht Stunden arbeiten, andere lassen nur fünf Tage pro Woche arbeiten. Die beiden letzteren Firmen der Produktionseinrichtungen sagen den Arbeitern am meisten zu, denn es gefällt keinem, auf die Straße geworfen zu werden. Am allerbesten ist es eine Zeit, wo nirgend neue Arbeit zu finden ist. Leider gibt es manche Unternehmer, welche die Beschäftigung der Arbeiter gar nicht beachten und mit ihrem harten Willen alles Durchsetzen wollen. Daß diese hartnäckig bei den Arbeitern Erweiterung erzwangen, können sie nicht zu erwarten. Sollte malgen sie zu einer anderen Zeit auch nicht helfen, wenn die Arbeiter ihnen dann in ruhiger Weise den ausgeübten Beruf zur Verfügung stellen. Das wird eine unerschütterliche Folge sein; denn wenn sie ihre Arbeiter nur als Lohnempfänger betrachten, so müssen sie auch darauf denken, diese entlassenen Arbeiter zu helfen. In Saisonbetrieben muß der Arbeiter sozial bedacht, daß er auch dann zu leben hat, wenn das Gewerbe demselben fehlt. Wenn die Arbeiter dieses vernünftigen werden, so müssen sie auch die Zeichen der Zeit verstehen. Die letzte Zeit ist

so nicht geeignet, die Organisation anzubauen. In der letzten Zeit müssen wir darauf bedacht sein, uns für kommende Zeiten zu rüsten. Wenn auch jetzt keine Lohnbewegungen eingeleitet werden können, so haben wir doch die Aufgabe, neu zum Verbands zu halten und für Anwerbung neuer Mitglieder eifrig tätig zu sein, damit wir eine glücklichere Zeit ebenfalls ausbauen können. Darum frisch ans Werk!

Aus unsern Bezirken.

„Freie“ Größen im Glast. Wer hat es nicht schon erlebt, wie die Führer der „freien“ Gewerkschaften in aufgeregter Weise den christlichen Gewerkschaftsführern Recht vorzusetzen, letztere besäßen nicht den Mut, ihrem Gegner gegenüberzutreten. Daß auch die christlichen Führer der „Freien“ mit solchen Vorwürfen nicht lachen, ist ja schon bekannt. In dem haben verschiedene Vorkommnisse schon bewiesen, daß gerade die christlichen „Genossen“ diesen Vorwurf für sich selbst einstecken können.

Zu diesem Kapitel hat erst jüngst wieder der Gauleiter des „freien“ Textilarbeiterverbandes, Welt-Mühlhausen, nebst seinem Sekundanten aus Colmar, eine treffliche Illustrationsprobe geliefert.

In Mittellach (Münsterland) war es den „Genossen“ gelungen, natürlich unter Verhinderung der eigentlichen sozialdemokratischen Tendenz ihrer Organisation, dortige Arbeiter bzw. Arbeiterinnen als Mitglieder zu fangen. Vom Kollegen Bilger-Colmar wurde nun kürzlich, am Vorabend einer von den „Freien“ einberufenen zweiten Versammlung, ebenfalls eine solche im betreffenden Orte abgehalten. Dadurch wurde Klarheit geschaffen, und hatte diese Versammlung den Erfolg, daß der größere Teil der Arbeiterchaft erklärte, ihnen sei eben unehrlicher Weise von diesen „Herren“ das wirkliche Wesen ihrer Gewerkschaft verschwiegen worden, sonst würden sie sich dorthin bestimmt nicht angegeschlossen haben. Weiter ließ man sich dann vom Kollegen Bilger Rat erteilen, wie die Gründung einer Zahlstelle vom christlichen Verband vorgenommen werden könne. Abends darauf wollte dann Kollege Bilger seine gemachten Vorschläge in der von den Gegnern einberufenen Versammlung auch öffentlich denselben gegenüber vertreten. Da hatte er aber die Rechnung ohne den Meister, pardon, Gell gemacht. Diese „Größe“, welche gerade dem Kollegen Bilger gegenüber in einer Colmarer Belegstättensammlung auf eine Ausrede in öffentlicher Versammlung vorgebracht wurde, war so feige, dem Kollegen Bilger den Eintritt zu verweigern. Er ging sogar soweit, denselben gewalttätig zurückzutreiben. Natürlich wurde dies vom Kollegen Bilger in der richtigen Weise gekennzeichnet. Da kam er aber bei Herrn Gell schon an. Hat wie ein Truthahn flüchtete sich derselbe in Postur und drohte mit „die Gesicht schlagen“. Ferner schenkte er, wohl um seinen Bildungsgrad zu charakterisieren, dem Kollegen Bilger die gemeinsten Schimpfworte ins Gesicht. In Punkt Ruppigkeit scheint Gell seinen Meister zu haben. Schade, daß Gell bei der vergangenen Reichstagswahl durchgefallen ist, er besäße ohne Zweifel das nötige Zeug, um sich bei einer event. in's Hauptgeschäftsausarten-Parlamentsostraktion als „erste Kraft“ zu produzieren.

Erdlich verließ sich Genosse Gell noch zu der lächerlichsten Behauptung, Kollege Bilger wäre nicht im Mittellach erschienen, wenn ihn nicht der Fabrikant Jannert benachrichtigt hätte. Tatsache ist, daß gerade bei der Firma Jannert die größten Schwierigkeiten bereitet wurden. Durch Mahregelungen wurde man damals unsere Organisation zu vernichten, was damals leider auch teilweise gelang. Das Motto des Herrn Gell scheint aber zu lauten: Lüge nur tapfer drauf los, etwas bleibt immer hängen. Die Arbeiterchaft von Mittellach wird das Gebahren dieser lichtscheuen sozialdemokratischen „Größen“ schon richtig bekräftigen. Sie wird zu der Ueberzeugung kommen, daß eine wirkliche christliche Interessenvertretung unter Wahrung der religiösen und parteipolitischen Ueberzeugung nur möglich ist in den christlichen Gewerkschaften.

Die bekräftigte Lohngewer.

Die „Genossen“ in Rheind. Nach dem Grundgesetz, treten die Führer vor den Bund und freigeist die Mitglieder, handeln unsere Freunde von der roten Gefahr in Rheind. Es gibt eben nichts mehr anders, der Wagon der sozialdemokratischen Bewegung ist auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet festgefahren. Man sucht die Kraft, ihn loszuziehen, und weil die eigene nicht ausreicht, möchte man so gerne die christlichen Gewerkschaftler als Vorposten benutzen.

Schon vor einigen Wochen konnte es der Gewerkschaft des deutschen Textilarbeiterverbandes nicht beschweren, daß wir überall Agitationsveranstaltungen abhielten, während ihnen die Vorkommnisse nicht zur Verfügung standen. Er kam also mit zu unseren Versammlungen, um dort für seine Richtung zu werben. Es wurde ihm aber höflich abgewiesen, daß dies verlorenes Liebesmühe sei. In einer einzigen Lage nachher einberufenen Versammlung war ebenfalls ein Vertreter des deutschen Verbandes erschienen, und als ihm wieder eine richtige Antwort erteilt wurde, meinte er mit Empörung, dann müßten unsere Mitglieder gegen den Vorstand etwas tun. Dies durchzuführen, wollten antwortend die „Freien“ erziehler helfen. Sie verurteilten ihr Heil bei den Arbeitern der Firma Wierandt, Cocher u. Ciejen. Aber so weit! Diese kommen „Schwächen“ erklären dort, mit der Taktik ihres Vorstandes unzufrieden zu sein.

Na, mag man seitens der „Freien“ gedacht haben, wenn nicht so, dann anders. Jetzt kommen sie eine öffentliche Versammlung zusammen und laden die christlichen Träger dazu ein. In herablassender Weise mag man sein Lied, schübe in den schäblichen Farben den Vorstand des Zusammengehens aller Organisationen und beabsichtigt, es wäre in einer Organisation Platz für alle. Doch auch, was sollte jedes Verbands für derartige Mühe; es wurde in recht unpassendiger Weise den Vertretern des Rat gegeben, auf ihren Bewegungen und dort, wo sie die Möglichkeit hatten, Tätigkeit zu verrichten und zu leben und dann erst von uns die „Wieder“ Erlaubnis zu fordern. Jetzt trat ein, was wir erwartet und gewollt hatten: Herr Wierandt, der Gauleiter aus Rheind, warf den Vorstand des Mittelach als „eine lange“ Verkörperung über Klagen und eine lange aber nicht als „eine“ und heiligen Landes in „Rheind“, unter dem schäblichen Prater der Versammlung. Ob das auch Gewerkschaftsfragen

sind??? Damit war der Fuchs aus dem Bau; es war unser Redner ein leichtes, unter dem Namen des Bekann der Versammlung ihn sowohl wie auch den folgenden Redner, Herrn Panhuis-V. Gladbach, abzuführen. Also wieder einmal abgeblüht! Das Vergnügen ihnen bald in die Hörschen gefallen sein. Was nun? Zuerst war man sprachlos, dann — 9 Tage nachher — fand man die Sprache wieder und zwar in der sozial. „Düsseldorfer Volkszeitung“.

Nachdem zuerst eine Menge Schwierigkeiten bezüglich der oben angezogenen Versammlung aufgetischt worden, wird die Ehrlichkeit der christlichen Führer in Zweifel gestellt. Mittel zu diesem Zweck ist folgende: Herr Joh. Steinrats, Seidenwebereibesitzer, hier, erbat sich den Besuch unserer „Freunden“ Gilleßen, nachdem wir dort einige Fabrikversammlungen abgehalten hatten. Und nun fragen unsere roten Freunde: „Was hatte Herr Gilleßen bei der Firma zu tun?“ Wir waren pass, als wir dieses sahen. Also ein Arbeitgeber kauft um den Besuch eines Verbandsvertreters, und da fragt man, was er da zu tun hätte? Wenn die Führer der „Freien“ nicht wissen, was sie bei den Unternehmern sollen, wenn sie gerufen werden, dann wundern wir uns gar nicht über die Taktik, die manchmal bei ihnen eingeschlagen wird. Dann raten wir aber den Mitgliedern des deutschen Verbandes, sich schleunigst andere Führer zu wählen, denn solche Leute taugen nichts. Doch wollen wir unser sehr bedrücktes Gewissen etwas erleichtern und unsern „Freunden“ Rechenschaft darüber ablegen, was Kollege Gilleßen bei dem p. Steinrats getan hat. Also Ohren gespitzt, ihr, die ihr so neugierig seid! Kollege Gilleßen ist überhaupt nicht beim Herrn Steinrats gewesen. Aber wir stellen jetzt eine Gegenfrage, denn eine Liebe ist der andern wert:

„War es Jertum oder Lüge, was man hier seinen Mitgliedern aufgetischt hat, oder war es Unehrlichkeit?“ Also bitte, ebenso offen antworten als wir. Ein Mitglied des deutschen Textilarbeiterverbandes nannte eine solche Handlungsweise zwar unehrlich, aber „aus praktischen Gründen für erlaubt“. Zwar auch eine Moral, aber welche? Immer hübsch ehrlich bleiben, wenn es auch noch so schwer fällt. Auch beim arrangieren derartiger Aktionen soll man keine Strohmänner vorziehen, die man selbst nicht ernst nimmt; wir wissen doch, wo die Drahtzieher sitzen. Den Unterschied zwischen Reden und Taten ihrer Führer lasse man ruhig wassere Mitglieder selbst suchen. Die Mitglieder der „freien“ Organisationen haben ihre Pappenheimer auch bald kennen gelernt. Sollen doch am 2. Dez. nach einer Freikantler Versammlung, wozu die „freien“ Gewerkschaftler eingeladen waren, 18 Mitglieder nicht aus der Landeskirche — sondern aus den „freien“ Gewerkschaften ausgetreten sein. Unsere Mitglieder mügen aus der eingeschlagenen Taktik unserer Gegner die richtige Lehre ziehen.

Erfolge der Hausagitation.

| | | |
|--------------|------------|----------------|
| Vorst: | 6 Kollegen | 4 Kolleginnen. |
| Griesheim: | 3 | — |
| Weilersbach: | 5 | 2 |
| Böscholt: | 81 | 11 |
| Füssen: | 11 | 6 |
| Wesburg: | 138 | — |
| Büschbach: | 13 | — |
| Gilwege: | 2 | 4 |
| Schweidnitz: | 2 | 5 |

Berichte aus den Ortsgruppen.

Allersberg (bei Nürnberg). In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach am 15. Dez. Gewerkschaftssekretär Geier-Ungsbürg über die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung bis auf unsere Zeit. Redner betonte, daß der Zusammenbruch der gelamten Arbeiterchaft nicht nur eine Notwendigkeit sei für die großen Städte, sondern auch draußen in kleinen Städten und Dörfern sei es ebenso geboten. Gerade da müßte off die Arbeiterchaft unter sehr mißlichen Verhältnissen arbeiten, und daß sei, neben der eigenen schlechten Lage, auch noch eine große Konkurrenz für die Arbeiterchaft in den großen Städten. Die gut besuchte Versammlung zeige aber, daß auch in Allersberg der Schleier fallen wird. Besonders begrüßt es der Referent, daß auch die Frauen in so schöner Anzahl erschienen seien und dadurch bezeugten, daß auch sie gewillt sind, mitzuarbeiten an den großen Kulturaufgaben unserer Zeit. Reges Interesse zeigten die Anwesenden für die mannigfachen Einrichtungen unseres Verbandes. Die vielen Neuankömmlinge haben bewiesen, daß die gesprochenen Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Einige Kollegen von der Ortsgruppe Roth waren trotz der schlechten Witterung die zwei Stunden zu Fuß herübergekommen, um ebenfalls an dem neuen Organisationsbau mitzuarbeiten. Ihnen und allen, die mitgeholfen haben, sei herzlich Dank. Auf baldiges Wiedersehen!

Vertrag. Am 14. Dez. hatten wir unsere Generalversammlung. Die Vorstandschaft ergab folgendes Resultat: B. Dörner erster Vorsitzender, Fr. Krämer zweiter Vorsitzender, W. Kramer erster Kassierer, Fr. Weidenbrücker zweiter Kassierer, H. Weidenbrücker erster Schriftführer, Chr. Vetter zweiter Schriftführer. Als Kassistentreibern wurden gewählt die Kollegen W. Feldhaus und Aljos Schmidt. Der Vortrag mußte wegen Mangel an Zeit ausfallen, dagegen gab der Schriftleiter, Kollege Göttschack, Aufklärungen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung. Als Beitrag wurden festgesetzt für weibliche Mitglieder 25 und 30 Pfennig und für männliche 30 und 40 Pfennig. Die Hausagitation soll systematisch durchgeführt werden. Der Anzeigerkursus hat am 21. Dez. 1907, abends 1/9 Uhr im Lokale Lortel begonnen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dingelstadt (Wassfeld). In der deutschen Arbeiterwelt hat unser Geschlecht mit seinen (schönen) Arbeits- und Lebensverhältnissen keine besonders guten Namen. Es sind vornehmlich die Arbeiterverhältnisse in der Textilarbeit, welche von der organisierten Arbeiterchaft allmählich verbessert werden. Und ganz gewiss mit vollem Rechte. Müssen sich doch hier manche unheimliche Textilarbeiter noch Tag für Tag abwachen und abklagen, in der Sorge um die Befreiung des Alkoholschuldigen, trotzdem in dem meisten Fällen noch Frau und Kinder „mit eingeschleppt“ werden. Die Leute des Familiennotens mit Frau und Kindern heute, wo die Preise für alle Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse so sehr gestiegen sind, mit einem Jahresverdienst von 700 Mk. wenn man noch in sehr vielen Betrieben eine überragende Arbeiter, eine menschenwürdige Lohn-

lung und sonstige Mißstände. Sehr viele, bereits organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, haben seit langem über ihre traurige Lage nachgedacht und haben auch schon richtig erkannt, daß die Lage der Textilarbeiterklasse die anerkannt schlechteste von allen Erwerbsgruppen ist und nur durch eine machtvolle Organisation verbessert werden kann. Sie haben sich in Rommigkeit dieser Erkenntnis unsern christlichen Textilarbeiterverbänden angeschlossen und glauben damit das ihrige zur Verbesserung der Verhältnisse getan zu haben. Diese Kolleginnen und Kollegen muß man nun aber immer und immer wieder daran erinnern, daß machtvolle Organisationen nur dann geschaffen werden und nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn alle Mitglieder sich an der Werber- und Auffklärungsarbeit beteiligen. Und wie sieht es nun in dieser Beziehung hier in Dingelshausen aus? Was müssen sich die Kollegen brauchen im Sinne für eine Vorstellung von dem Geiste machen, der hier in unserer Ortsgruppe herrscht, wenn wir das Sachverhältnis in Anspruch nehmen müssen, um durch daselbst unsere Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern? Wie viele Kollegen gibt es noch, die, trotzdem sie Mitglieder der Gewerkschaft sind, bis jetzt noch in keiner Versammlung waren. Sie sollen sich doch gerade in den Versammlungen Anregungen und Belehrungen holen. Wie wollen wir dann die Indifferenten, die Gleichgültigen über die Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse aufklären, wenn wir selbst nichts wissen? Und wir müssen doch die uns Fernstehenden aufklären und zu gewinnen suchen, auf daß unsere Organisation immer machtvoller werde und dann mit Hilfe dieser machtvollen Vereinigung die Verhältnisse aufgebessert werden können.

Unser Vorstand hat auf Montag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Rönig von Preußen“ eine außerordentliche Generalversammlung anberaumt mit sehr wichtiger Tagesordnung, wie Vorstandswahl, Festsetzung der Beiträge für 1908 usw. Dieser Versammlung darf kein Mitglied ohne zwingenden Grund fernbleiben. Ueberhaupt haben wir uns alle fortan mehr zu betätigen in der Gewerkschaftsbewegung, als opferfreudige und pflichterfüllende Mitglieder unseres christlichen Textilarbeiterverbandes.

Spe (Westf.) Trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung war die Versammlung vom 15. Dez. schon besucht. Nach Verlesung des Protokolls aus der letzten Versammlung wurde in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung eingetreten. Dieser lautete: Festsetzung des Beitrages für das nächste Jahr. Kollege Sparenberg erläuterte die Sache und wies auf die Vorteile hin, welche mit einer höheren Beitragszahlung verbunden seien. Bei der Abstimmung entschieden sich die Kollegen für den 30 Pf.-Beitrag. Als zweiten Punkt trug der Kassierer den Kassenbericht des zweiten Quartals vor. Nach Anhörung der Revisoren, welche sich lobend über die Kassenführung aus sprachen, wurde dem Kollegen Entlastung erteilt. Unter Punkt Verschiedenes sprach zuerst Kollege Sparenberg-Gronau über den Berliner Arbeiterkongress. Sodann nahm unser Vorsitzender das Wort zu einem interessanten Vortrag über die Weiterbildung des Arbeiters. Ferner wurde über die jetzt vorzunehmende Hausagitation beraten, welche mit aller Energie betrieben werden soll. Es meldeten sich mehrere Kollegen, welche die Vertrauensmänner bei der Sache unterstützen wollen. Nach einem warmen Appell an die Mitglieder, alle Werber für unsere Organisation zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Züssen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter bricht sich auch bei der hiesigen Arbeiterklasse immer mehr Bahn. Die die vorlesete, so war auch die am 15. Dez. abgehaltene Versammlung recht gut besucht. Zu bedauern ist, daß es noch immer Mitglieder gibt, die die Versammlung regelmäßig schwänzen, indem sie glauben, schon genügend getan zu haben, wenn sie ihre Beiträge entrichten. Als Referent war Kollege Beumer-München erschienen. Derselbe behandelte das Thema: Die christlichen Gewerkschaften jetziger Zeit. Aus dem Referat war zu entnehmen, daß die christlichen Gewerkschaften etwas spät auf den Plan getreten sind, was uns aber nicht abhalten soll, ebenso intensiv für die Forderung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters einzutreten wie andere Organisationen, und werden wir von dem Unternehmertum ebenso verfolgt bzw. behandelt wie die „Freien“. Die Anwesenden folgten mit Spannung den Worten des Referenten und kamen mehrere zur Ueberszeugung, daß der Zusammenschluß aller Arbeiter notwendig ist, besonders auch für hiesigen Ort. Mehrere Mitteilungen hatten wir zu verzeichnen. Mithin die hiesigen Textilarbeiter „alle“ zur besseren Einsicht kommen und sich um anzuschließen, zum Wohle aller. Mit herzlichsten Dankworten an den Referenten wurde die Versammlung abends 8 Uhr geschlossen.

M. Gladbach. Einen jämmerlichen Herzeinsall haben die Genossen in M. Gladbach erlebt. Das kam so. — Sie wollten Mitglieder werden. Hauptpflicht hatten sie es abgeben auf die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes, die sie zum Abfall bewegen und dem allein seligmachenden „Deutschen Textilarbeiterverband“ zuführen wollten. Anlaß dazu bot ihnen ein Wortmann auf einer Fabrikversammlung bei der Firma V. Josten, wo einzelne christliche Heißsporne einen Fehler gemacht, den sie nachträglich eingesehen haben. Weiter war der Rat der „Deutschen“ dadurch gefallen, daß es ihnen gelungen war, einzelne Mitglieder des „christlichen Textilarbeiterverbandes“ herüber zu lassen, die dieser schon längst gerne entbehrt hätte, u. a. den hier „berühmten“ R. Densch. Jetzt glauben die „Freien“, für sie sei die Zeit der Ernte gekommen. Flugblätter wurden ausgegeben. Eine öffentliche Versammlung wurde angelegt. Auffklärung sollte geschaffen; aber die „kulturreiche“ Bekehrung des „Deutschen Textilarbeiterverbandes“ sollte geradezu werden. Um den „Christlichen“ die Geschichte etwas schmackhafter zu machen, zeichnete sich ein ganz frisch gebadener Genosse als Verteiler des Flugblattes; der Zentralvorsitzende Häsel, der Kassierer Reimes und der Geschäftsführer Bannick erschienen in höchst eigener Person. Mit der Eröffnung der Versammlung wurde folgende Erwartung, bis die Betreuer von nah und fern erschienen waren. Erst als die Versammlung deutlich ihre Ungebildetheit zeigte, sequente man sich, die Rede zu eröffnen. Der funktionslose Genosse redete ein paar Eröffnungsätze und wollte mutig, ohne Zaubern, dem Referenten das Wort erteilen. Was zwischen ihm und Reimes stand schwebt der mitleidigen Rede. Die „dunklen Mächte“ waren die „Christlichen“. Sie beantragten Bureauwahl. Das ging den „Deutschen“ gegen den Strich. Sie

haben sich in der Kinderheit und wollen unter dem Umstände die Zeitung behalten. Der große Genosse, Herr J. Jansen, hatte ein schweres Empfinden für Mühe und Ordnung. Er meinte, er wäre der Postige dafür verantwortlich, daß alles nett und hübsch wäre, und in beiseitener Selbstüberhebung glaubte er, nur wenn er die Versammlung leite, würde diese gut ablaufen. Die „Christlichen“ haben jedoch in Herrn Jansen nicht die alleinige Person, die befähigt sei, eine Versammlung zu leiten, sondern hielten ihren Antrag aufrecht. Jetzt entspann sich eine erregte Geschäftsordnungs-Debatte. Interessant war, daß auch der Vertreter der „Hirsch-Dunderschen“, Herr Sekretär Müller, sich berufen fühlte, eine Lanze für die „freien“ Versammlungsleiter zu brechen. Es zeigte sich wieder die nahe Verwandtschaft zwischen den beiden Richtungen. Was den Herrn Müller bezog, hat, zu reden, glauben wir zu erraten. Er glaubte jedenfalls, auch einige „Erinnerer“ des christlichen Verbandes unter das schützende Dach der „Hirsch-Dunderschen“ zu retten. Auslöse, vergebliche Mühe! Nachdem noch herüber und hinüber geredet worden war, wollte der Versammlungsleiter mit einem Gewaltstreich die „Christlichen“ mundtot machen. Er erteilte kurzerhand dem Referenten das Wort. Trotzdem sich noch einige Redner zur Geschäftsordnung gemeldet hatten, trotzdem man über den Antrag auf Bureauwahl nicht abgestimmt hatte, redete Herr Jansen. Es ist selbstverständlich, daß die „Christlichen“ gegen diese Bevormundung protestierten, jedoch vergebens. Die „Freien“ wollten eben möglichst lange und viel reden, um ihren Gegnern die Gelegenheit zu nehmen, sich verteidigen zu können. Da die christlichen Führer die Taktik der Roten durchführten, forderte der Vorsitzende der Ortsgruppe Gladbach, Kollege Busch, die „Christlichen“ auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Jetzt geschah etwas, worüber den „Deutschen“ die Haare zu Berge standen. Es erhoben sich wie ein Mann weit über 200 Personen und folgten ihren Führern. Das stand nicht im Programm der „Freien“. Sie wollten die „Christlichen“ ja einweisen, sie wollten die Führer treten und die Mitglieder freier sein. Sie wollten Mitgliederfang betreiben, und jetzt, o Graus, jetzt parierte man nicht und ging. Das war schrecklich! So nahe vor der Ernte verschagelte die ganze Geschichte. Alle Arbeit, alle Kosten umsonst. Umsonst hatte man Flugblätter geschrieben, umsonst reiste der Herr Häsel von Berlin nach Gladbach. Alles vergebens! Vorher eine so stark besuchte Versammlung und jetzt nur die paar Betreuer, die man von allen Windrichtungen zusammengetrommelt hatte. Da den christlichen Führern nun auch daran gelegen war, Aufklärung über den Fall Josten zu schaffen, wurde im Lokale von Lenau-Waldhausen eine Versammlung für Mitglieder des „christlichen Verbandes“ am selben Abend abgehalten, die einen glänzenden Verlauf nahm. Anwesend waren etwa 200 Personen. Kollege Busch sprach allen seinen Dank aus für das mannhafteste Verhalten, sowie für die an den Tag gelegte Disziplin. Von seiten der Arbeiter der Firma V. Josten wurde entschieden dagegen protestiert, als hätten sie die von den „Freien“ angelegte Versammlung gewünscht und bei denselben beantragt. Kollege Lenken schilderte in einem Referat nochmals die Bewegung im Frühjahr in der Gladbacher Wollindustrie und die daraus entstehenden jetzigen Zustände. Bezirksvorsitzender Hermes ging auf die Einzelheiten noch etwas näher ein. Die Versammlung war denn auch in allen Teilen mit den Ausführungen der Redner einverstanden, was folgende einstimmig angenommene Resolution beweist:

„Die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen die Fusionierung, als habe die Arbeiterklasse der Gladbacher Wollindustrie (vorm. V. Josten) die Versammlung bei von der Burg gewünscht. Solches Anpassen an die Genossen zu stellen, haben sie, meistens im Generalverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands organisiert, keine Ursache. Haben die Arbeiter resp. Mitglieder Wünsche, so müssen sie ihre eigenen Verbandsleiter zu finden und von diesen ihre Aufklärung zu verschaffen. Die Anwesenden verpflichten sich, wenn in Zukunft besondere Versammlungen, auch für einzelne Betriebe, arangiert werden, auch diese, wie die heutige, zahlreich zu besuchen.“

Nachdem Kollege Busch noch einige Schlussworte gesprochen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Essen. Unsere am 15. Dez. abgehaltene Generalversammlung wurde vom Kollegen Götz eröffnet und geleitet. Nach einigen Begrüßungsworten wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die ausstehenden Vorstandsmittelglieder Götz, Bomes und Kerschiff wurden wiedergewählt, für den Kollegen Arzeng, der erklärte, sein Amt nicht länger beibehalten zu können, wurde Kollege Lammer gewährt. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt die Kollegen Spieler, Vogelucht, Lammer und Schreiber. Als Kassenrevisoren die Kollegen Schulte, Schreiber und Nabel. Als Pflichtbeitrag wurden 30 Pf. bestimmt; es wurde aber für zurückgebliebene Kollegen, die einen höheren Beitrag wünschten, auch der 40-Pf.-Beitrag eingeführt. Nachdem noch die Hausagitation besprochen war, wurde unter Punkt Verschiedenes der ablehnende Beschluß des hiesigen Stabskomitees kritisiert und über die in dieser Sache jetzt einzuschlagenden Schritte beraten.

Greifath. Als ersten Punkt der Tagesordnung setzte unsere Generalversammlung am 22. Dez. die Beiträge für das Jahr 1908 fest, und zwar für männliche Mitglieder über 17 Jahren 40 und 30 Pfennig, für weibliche gleichen Alters 25 und 30 Pfennig; für Mitglieder unter 17 Jahren 15 und für die Hausweber 20 Pfennig. Die ausstehenden Vorstandsmittelglieder Schmitz und Jabs wurden wiedergewählt, für den Kollegen Müller, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Josef Höfels gewählt. Weiter wird dem Kassiererposten überlassen.

Güterlosh. Am 15. Dez. hielt unsere Ortsgruppe ihre übliche Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Kartellbericht und Verschiedenes. Nach geschäftsmäßiger Eröffnung gab der Leiter der Versammlung, zur Tagesordnung übergehend, bekannt, daß der erste und zweite Vorsitzende und der zweite Kassierer aus dem Vorstande ausscheiden und für diese als eine Neuwahl statufindend habe. Als ersten und zweiten Vorsitzenden wählte die Versammlung die Kollegen Karl Humel und Peter Beders wieder, während man für den Kollegen Wilh. Büchse, der auf den Posten als zweiter Kassierer verzichtete zu müssen glaubte, in der Person des Kollegen Reisinger

Ursatz fand. Nach erstatteten Kartellbericht wurden die Beitragsklassen für das Jahr 1908 festgesetzt. Derselben sind für die jugendlichen Arbeiter betriebsweise unter 17 Jahren 20 Pf., für die weiblichen über 17 Jahre 25 Pf., und für die männlichen 30—40 Pf. und sind Pflichtbeiträge; es bleibt aber den Mitgliedern überlassen, höhere Beiträge zu zahlen. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Leiter, nachdem er noch vorher die Kollegen zu eifriger Gewerkschaftsarbeit ermuntert, mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung die Versammlung.

St. Hubert. Am 16. Dez. hielten wir eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Welche Beitragsklassen nehmen wir für 1908? Fast alle waren dafür, es bei den alten zu lassen, nur zwei waren für höhere Beiträge. Diesen wurde erklärt, daß sie sich verschern könnten, wie sie wollten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines ersten Vorsitzenden, wurde Kollege Reinders einstimmig wiedergewählt, welcher die Wahl dankend annahm mit dem Bemerkens, auch ferner seine schwachen Kräfte in den Diensten der Gewerkschaft einzusetzen. Er erinnerte daran, daß es nicht Sache der Vorstands- und Vertrauensmänner allein sei, zu agitieren in Haus oder Fabrikräumen, sondern jeder Kollege und jede Kollegin habe die Pflicht, diese Agitation mit zu betreiben, damit möglichst alle für unsere christliche Gewerkschaft gewonnen werden. Darauf wurde die schon verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Kollman. Am 8. Dez. hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Besuch hätte besser sein können. Der Vorsitzende, Kollege Kern, eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Hierauf wurde der Jahresbericht verlesen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Die Revisoren, Kollege Hilz und Gutmann, erklärten, die Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Nun schritt man zur Wahl des Vorstandes. Als Vorsitzender wurde Kollege Kern einstimmig wiedergewählt, als Kassierer Kollege Kung und als Schriftführer Kollege Kaiser, als Beisitzende wurden Kollege Dreyer und Kollegin Rutschmann gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die Mitgliederbeiträge sind für nächstes Jahr wie bisher festgesetzt.

Linden (Hannover). In unserer Generalversammlung, welche nicht besonders gut besucht war, wurde einstimmig beschlossen, die jetzigen Beitragsklassen (für weibliche Mitglieder die vierte und fünfte und für männliche die fünfte und sechste Klasse) für das Jahr 1908 beizubehalten. Es wurde bebautet, daß es nicht einem jeden Mitgliede freigestellt wäre, diejenige höhere Klasse zu wählen, welche ihm zusagt. Dessenfalls wird die nächste Generalversammlung des Verbandes Abhilfe schaffen. Da unser erster Vorsitzender, sowie die beiden Schriftführer eine Wiederwahl ablehnten, wurde der Kollege Wilhelm Osburg, Köthnerholzweg 50, zum ersten Vorsitzenden, Kollege Heinz Wilhelm und Fr. S. Baluch zu Schriftführern gewählt. Als Kassenrevisoren wurden gewählt die Kollegen Wille und Gieseler, als Kartelldelegierte Krebs, Adolf Rampe und Frau Rampe. Ferner wurde beschlossen, nicht mehr wie bisher alle 14 Tage, sondern alle vier Wochen Mitgliederversammlungen abzuhalten. Dafür sollen aber öfters Betriebsversammlungen abgehalten werden. Es wird nun aber auch von den Mitgliedern verlangt, daß sie an allen Versammlungen teilnehmen. Nachdem der Kollege Wilhelm den Kartellbericht erstattet und noch andere Angelegenheiten unserer Ortsgruppe erledigt waren, wurde noch hingewiesen auf die Kassenkasse der christlichen Gewerkschaften und zum Beitrag ermuntert. In der nächsten Versammlung, welche am 9. Januar stattfindet, wird u. a. der Jahresbericht gegeben; es wird deshalb erwartet, daß alle Mitglieder anwesend sind.

Mordhorn. Unsere am 13. Dez. abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die Hausagitation, teilte der Vorsitzende mit, daß man lange nicht dasjenige, was man versprochen hätte, gehalten habe. Mögen deshalb die Kollegen nochmals eifrig tätig sein, damit auch wir Erfolge in der Hausagitation zu verzeichnen haben. Beim zweiten Punkt, Festsetzung der Beiträge fürs nächste Jahr, wurde beschlossen, den alten Beitrag stehen zu lassen, jedoch sollte es den Kollegen empfohlen werden, 40 Pf. pro Woche zu zahlen. Diejenigen Kollegen, welche diesen Beitrag zahlen wollen, werden gebeten, ihre Vertrauensmänner davon in Kenntnis zu setzen. Hierauf hielt Kollege Sparenberg einen sehr lehrreichen Vortrag, woran sich eine Diskussion knüpfte. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten der Ortsgruppe erledigt.

Schüttorf. Unsere Generalversammlung vom 16. Dez. hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Der Vorsitzende gab dann auch seiner Freude darüber Ausdruck und hat den Schriftführer, das Protokoll der letzten Versammlung zu verlesen, welches von der Versammlung akzeptiert wurde. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erledigte man den ersten Punkt derselben, Vorstandswahl betreffend, dadurch, daß man den alten Vorstand der Affirmation wiedergewählte. Ueber den zweiten Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß wir jetzt in eine ruhigere Periode gekommen seien, es sei jetzt doppelt notwendig, fest zur Organisation zu stehen, man solle nicht wie ein Rohr im Winde hin- und herwehen, nicht hinterhändeln die Tätigkeit der Ortsgruppenleitung kritisieren, sondern vielmehr frei und offenerzig auf etwaige Mißstände in den Versammlungen aufmerksam machen, denn diesen werde keinem übel genommen. Im Gegenteil, es etwas mache dem Vorstande Freude, denn dadurch sehe er ja, daß die Kollegen die Vorgänge im Verbande verfolgen. Auch gab der Vorsitzende bekannt, daß jetzt die meisten Kräfte auf Brantennensammlung hätten. Nachdem noch einige Vertrauensmänner gewählt waren, sah man den Entschluß, die Versammlungen nicht mehr wie bisher des Montags, sondern des Sonntags abzuhalten. Mit der Erledigung einiger interner Angelegenheiten hatte die Versammlung ihr Ende erreicht und sie wurde vom Vorsitzenden mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Waldhausen. Die am 15. Dez. stattgehabene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Als erster Punkt stand die Beratung der neuen Geschäftsordnung der Ortsgruppe Gladbach auf der Tagesordnung. (Siehe Nr. 51 und 52 der Textilarbeiterzeitung.) Mit Ausnahme der Vertrauensmänner der Vorstandsmittelglieder von 15 auf 12 und die Verwalter der Delegierten zur General-

versammlung statt auf je 20 auf je 50 Mitglieder einen Delegierten, war die Versammlung einvernehmlich. Zur Vorberin wurde Kollege Wolters, zu Kassenrevisoren die Kollegen Kung und Rappers gewählt. In anbetracht der jetzigen Situation wurde die Erhöhung der Beiträge noch auf ein Jahr verschoben, jedoch die jetzigen Beiträge bestehen bleiben. Nachdem die Versammlung noch des verstorbenen Vertrauensmannes, Kollegen Jahn, durch Erheben von den Sigen gedacht und Kollege Gerhards noch einige Mitteilungen gemacht hatte, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

NB. Die Bibliothek befindet sich jetzt beim Kollegen Knöppke, Waldhausen 35, und bittet der Vorstand um rege Benutzung. Geöffnet ist dieselbe Sonntags nachmittags von 2—4 Uhr.

Zell i. B. Unsere Generalversammlung am 11. Dez. hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Nach Erledigung der ersten drei Punkte der Tagesordnung schritt man zur Festsetzung der Beiträge pro 1908. 3 Kollegen traten in Klasse fünf ein, jedoch jezt 5 Kollegen 40 Pf. Wochenbeitrag entrichteten. Ebenfalls traten sämtliche anwesenden Kolleginnen (22) in die vierte Klasse ein; die übrigen beschlossen in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen. Die Wahlen wurden glatt erledigt. Der erste Vorsitzende, Kollege Ph. Sütterle, sowie der zweite Vorsitzende, Kollege Heinz Wolmer, wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle des Schriftführers, Kollegen K. Müller, welcher als Vorsitzender der Einkaufskasse mit Arbeit überhäuft ist, wurde Kollege Reinhard Kaiser gewählt, während die Kollegen Heinz Philipp und Jakob Jehle auf ein weiteres Jahr im Amte verbleiben. Unter Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende noch Anregungen bezüglich der Krankentaggelassen, öffentlichen Versammlungen, Abhaltung der Hausagitation und Veranstaltung eines Familienabends. Sämtliche Punkte wurden dem Vorstande zur Regelung überlassen.

Zell i. B. Ueber den christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin sprach am 18. Dez. Kollege Franz Fischer aus Mülhausen i. E. in unserer öffentlichen Versammlung. Der Besuch war ein ziemlich guter, besonders zahlreich erschienen waren die Kollegen und Kolleginnen von Hagenbach und Hausen. Kollege Fischer hat es verstanden, die Bedeutung und Vorteile des Kongresses in klaren Worten zu schildern. Es würde zu weit führen, wollte man das alles hier anführen. Der Beifall am Schluß des Referats zeigte, daß Kollege Fischer es verstanden hat, die Anwesenden für die christliche Gewerkschaftsfrage zu begeistern. Als zweiter Redner sprach Kollege Kiefer aus Rauburg über das Thema: „Wie kann die Arbeiterklasse von Zell ihre wirtschaftliche Lage verbessern.“ Auch dieser Redner erntete reichen Beifall. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Eine für die Kamberger streikenden Holzarbeiter vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 14.26 Mk. Nachdem Kollege Fischer in seinem Schlusswort noch verschiedene Vorkommnisse in Mülhausen beleuchtet hatte, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.
Die Gewerkschaftsbewegung in den wichtigsten Ländern.

Ueber die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den inbetracht kommenden Ländern geben folgende Ziffern Aufschluß. Es waren vorhanden in:

| | | | |
|-------------------------------|-------|-----------|-----------|
| Bereinigte Staaten und Kanada | 1900 | 2.300.000 | |
| Deutschland | 1906 | 2.215.165 | |
| England und Irland | 1. 1. | 1906 | 1.887.823 |
| Frankreich | 1. 1. | 1906 | 836.184 |
| Oesterreich | 1. 1. | 1906 | 448.270 |
| Italien | | 1906 | 426.184 |
| Rußland Anfang | | 1907 | 246.272 |
| Ungarn | 1. 1. | 1907 | 153.332 |
| Belgien | 1. 1. | 1906 | 148.483 |
| Schweden November | | 1906 | 126.272 |
| Australien | 1. 1. | 1904 | 100.626 |
| Dänemark | 1. 1. | 1907 | 99.062 |
| Schweiz | | 1906 | 57.306 |
| Niederlande | | 1904 | 37.721 |
| Spanien März | | 1906 | 36.557 |
| Neuseeland | | 1904 | 27.714 |
| Norwegen | 1. 1. | 1907 | 25.000 |
| Insgesamt | | | 9.171.905 |

Interessant ist auch das prozentuale Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Gesamtbevölkerung. An der Spitze steht England mit 4.50 Prozent, dann folgen Dänemark mit 3.80 Prozent, Deutschland mit 3.61 Prozent, Neuseeland mit 3.40 Prozent usw. Den geringsten Prozentsatz (0.19 Prozent) zeigt Spanien.

Holland. Durch Gründung eines christlichen Bergarbeiterverbandes hat die christliche Gewerkschaftsbewegung einen erfreulichen Fortschritt gemacht. Der letztere bestehende katholische Bergarbeiterbund besaß im Oktober, die bisherige konfessionelle Grundlage aufgegeben und ist in einen christlichen Berufsverband umzuwandeln. Der für die Provinz Limburg zuständige Wilhof von Noermond hat diesem Beschlusse zugestimmt. In einer am 17. November stattgefundenen Delegiertenversammlung sind die neuen Statuten, welche am 1. Januar 1908 in Kraft treten und im wesentlichen denjenigen des deutschen Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter nachgebildet sind, angenommen worden. Der neue Verband trägt den Namen „Allgemeiner Bund christlicher Bergarbeiter in Holland“. Der wesentliche Beitrag besteht aus 17 Pf. Rüge die neue Organisation eine gute Zukunft haben!

Gewerkschaftliches.

Aus vertraulichen Sitzungen
des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ weiß die sozialdemokratische Presse allzeit zu berichten. Nach diesen Mitteilungen ist der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gar nicht gewillt, den Arbeitern bei den im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifverträgen annehmbarere Zugeständnisse zu machen. Bereits auf einer am 18. Februar in Köln stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeberverbandes wurden bezgl. der Erneuerung der Tarifverträge folgende Beschlüsse gefaßt:
1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910, oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden.

3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem Verlorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.

Weitere Punkte, wie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu handeln gedenkt, wenn im Jahre 1908 eine Einigung auf der angebotenen Grundlage erzielt werden sollte, gab auf der am 31. Oktober in Berlin stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes dessen Vorsitzender festlich.

Der Arbeitgeberverband scheint also auf eine große Ausperrung zu rechnen. Daß aus den Verhandlungen besonders viel sozialer, fortschrittlicher Geist weht, kann man gerade nicht sagen, ebensowenig ist ein Vorgehen der Arbeitgeberorganisationen, wie hier geplant, sicher nicht geeignet, die Tarifverträge in Arbeiterkreisen zu wecken.

Der Vernichtungskampf seitens des sozialdemokratischen gegen den christlichen Metallarbeiterverband, wie er in Wiesfeld unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Seering betrieben wird, hat eine Reihe unglücklicher Terrorismustfälle im Gefolge gehabt und das Einschreiten der Staatsanwaltschaft veranlaßt.

In Hauenstein (Rheinpfalz) ist die Ausperrung der Schumacher beendet.

Nachdem am Montag, den 9. Dezember auf Grund gegenseitiger Verständigung in einem Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen konnte, ist am Montag, den 16. Dezember dies auch bei den übrigen Fabrikanten geschehen.

Unter welcher Voraussetzung die Sozialdemokratie Reformen und Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse akzeptieren will, vertritt die Leipziger Volkszeitung, deren Gesinnung neuerdings der bekannte Wehring entruht ist, in klärender Klarheit.

Bei unserer Gegenwartsarbeit handelt es sich nicht in erster Linie um augenblickliche Verbesserungen, um etwa mehr Lebensfreude und Sonnenschein, sondern um Vergrößerung unserer Macht und nur, weil die Eringung von direkten Verbesserungen unserer Lebenslage in der Regel die Kampfsfähigkeit vergrößert, sind sie für unser Endziel zugleich von großer Bedeutung.

etwa mehr Lebensfreude und Sonnenschein, sondern um Vergrößerung unserer Macht und nur, weil die Eringung von direkten Verbesserungen unserer Lebenslage in der Regel die Kampfsfähigkeit vergrößert, sind sie für unser Endziel zugleich von großer Bedeutung.

Das Ding ist nicht schlecht; die Vergrößerung der Macht der Sozialdemokratie ist die Hauptsache, die Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse Neben- sache. Was wohl die Sozialdemokraten sagen, welche behaupten, Sozialdemokrat sein hieße höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit verlangen? Deren Antwort dürfte wohl weniger „zielbewußt“ lauten.

Denkmal sollen wir noch, daß derartige Meinungs- äusserungen die gleichen Leute nicht hindert, nächstens die wehmütigsten Klagen über ihre Feste zu entlocken, wenn Unternehmer die Gewerkschaften bekämpfen, unter dem Vorzeichen, gegen die Sozialdemokratie anzugehen.

Allgemeine Rundschau. Soziale Rechtspflege.

Gewerkschaftsbeamte als Vertreter am Gewerbegericht. Eine vielumstrittene Frage ist, ob Gewerkschafts- oder Arbeitervertreter am Gewerbegericht als Prozeßbevollmächtigte auftreten können.

Ein eigenartiges Urteil. Der Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hat eine Anzahl von Gegnern, welche anfangs vorigen Jahres an einem Streik teilgenommen hatten, auf Ertrag des Gesamtjahrs von ca. 500 Mk. verklagt.

Javalidenskarte. In der Arbeitgeber verpflichtet, bei dem Austritt eines Arbeiters diesem die Javalidenskarte auszuhandigen? Diese Frage gibt oft Veranlassung zu Streitigkeiten, namentlich, wenn das Arbeitsverhältnis widerrechtlich gelöst wird.

pflichtet, die Karte an den Arbeiter auszuhandigen resp. nach Fertigstellung dem Arbeiter per Post, allerdings unfrankiert, zuzuschicken.

Allgemeines.

In der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin sind in der Abteilung I (Städt. Krankenhäuser) die Neuwahlen der Vertreter der Arbeitnehmer erfolgt.

Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose würde wirksamer gefördert werden, wenn mehr als bisher bedürftigen, nichtversicherungspflichtigen Kranken Unterstützungen zugewandt werden könnten.

Die Verarbeitung des gesamten Stoffes wird dem Kaiserlichen Gesundheitsamt zufallen. Nach Verlauf von etwa fünf Jahren soll die Erhebung wiederholt werden, um alsdann feststellen zu können, inwieweit die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Arbeiter als Schöffen. Das Kartell der Schiffs-Gewerkschaften zu Köln richtete im verfloßenen Jahr eine Eingabe an die maßgebenden Behörden, worin die Hinzuziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene beantragt wurde.

Der bayerische Landtag hat kürzlich einen Beschluß gefaßt, wonach den Schöffen und Geschworenen eine Untergeblichkeit gewährt werden soll.

Tageverdienstes tragen, deshalb ist es Pflicht des Staates, für eine Entschädigung Sorge zu tragen. Die Arbeiterentlohnungen in den Vereinigten Staaten. Nummer 1 liegen schon genauere Ziffern über die Zahl der Arbeiter vor, welche infolge der in den Vereinigten Staaten herrschenden Krise in der letzten Zeit entlassen worden sind.

Veranstaltungskalender.

- Altendberg. 19. Jan., 5 1/2 Uhr, bei Johann Schöns, Generalversammlung.
Bettrath. 4. Jan., 9 Uhr, bei Leonhard Schürten, Hauptgeneralversammlung.
Brand. 13. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Ww. Luabflieg, außerordentliche Generalversammlung.
Borken i. W. 12. Jan., 11 Uhr, Bücherwechsel, 11 1/2 Uhr, Generalversammlung, „Rostandemahl“.
Borghorst. 6. Jan., bei Dierfeld, Diskussionsrunde.
Cottbus. 4. Jan., 8 Uhr, bei A. Döring (H. Saal), Generalversammlung.
Duisburg. 19. Jan., 11 Uhr, im neuen Vereinshaus, Generalversammlung.
Dülmen. 5. Jan., 11 Uhr, bei Frau Ww. Raute, Generalversammlung.
Epe i. W. 3. Jan., 7 Uhr, bei Balender, Vertrauensmännerversammlung.
M.-Gladbach-Blumenberg. 6. Jan., 8 Uhr, bei Willy Neles, Vortragsst.
Eberf. 6. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Ww. Schürings, Generalversammlung.
Eifen. 5. Jan., 6 Uhr, bei Ww. Schäfer, Rathh.-str. Generalversammlung.
Waldhagenhöhe. 11. Jan., bei Heint. Dreßen, außerordentliche Versammlung.
Griesheim a. M. 6. Jan., 7 1/2 Uhr, bei Rosenau.
Günzburg a. D. 5. Jan., 2 Uhr, im Gasthaus zur Krone, Generalversammlung.
Geln. 5. Jan., 5 1/2 Uhr, bei Hölz, Gewerkschaftszimmer.
Sektion Garb. 22. Jan., 1/2 Uhr, bei Weich. Pilsen Generalversammlung.
Holt. 5. Jan., 11 Uhr, bei David Arz, Generalversammlung.
Jübenbüren. 5. Januar, Generalversammlung.
Neumünster. 18. Jan., 8 1/2 Uhr, im Geleisenvereinslokal (Babnhofstr.).
Neustadt O.-S. 5. Jan., 3 Uhr, bei Kögler, Wohnst. Generalversammlung mit darauffolgender Schriftsammler.
Ochtrub. 5. Jan., 4 Uhr, bei Frau Ww. Fischer, Generalversammlung.
Rheinh. 5. Jan., 11 Uhr, bei Albert Paffen, Generalversammlung.
Seffenberg. 5. Jan., 5 1/2 Uhr, bei Jakob Brothaus.
Tönning. 12. Jan., 11 Uhr, bei F. Paffmanns, Generalversammlung, Rechnungsablage, Vorstandswahl.
Wärfelen. 12. Jan., 11 Uhr, bei Werner Leuchter, Nachenerstr., Generalversammlung.

Bilanz

des Gewerkschafts-Konsum-Vereins „Arbeiterwohl“, Gieselerstr., e. G. m. b. H. vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907.

Table with columns Aktiva and Passiva. Aktiva: Kassaconto 992,67, Waren 20954,30, Inventar 2720,00, Debitoren 162,00, Sparkasten 4272,28, Bank 3517,90, Immobilien 21147,00. Passiva: Gießerantenkonto 1866,96, Geschäftsguthaben 7490,51, Reservefonds 4154,27, Unterstützungsfonds 745,56, Sparrücklagen 5609,14, Dispositionsfonds 150,00, Hausfonds 3542,23, Hausanteil 6615,00, Spottgelder 10000,00, Rabattmarken 1698,79, Gewinn u. Verlust 11904,60.

Mitgliederbewegung

Table showing membership statistics for the year 1907, including total members (293), new members (16), and deaths (3).

Der Vorstand: J. A. Wilg. Kommerstirchen. Der Aufsichtsrat: W. Hoffen. 3. A. Wilg. Kommerstirchen. (7. - 19.)

Large table titled 'Uebersicht über die Sterbefälle pro 1907.' with columns for No., Name, Ort, Krankheit, and Sterbedatum. Lists names like Wipplow, Wipplow, Wipplow, etc., and locations like Hamburg, Berlin, etc.